

P r o j e k t

zur

Organisirung der Gerichtsbehörden.

---

# Projekt zur Organisirung der Gerichtsbehörden.

## Kapitel I.

### Von der Eintheilung in Oberhauptmannschaften oder Kreisen.

#### §. I.

Rurland und Semgallen werden in sechs Kreise abgetheilt.

- 1) in den Mitauschen, zu welchem die Kirchspiele Mitau, Doblen, Sessau, Grenzhof, Bauske und Eckau gehören sollen.
- 2) in den Jakobstädtchen, zu welchem die Kirchspiele Düna-  
burg und Ueberlauf, und die Güter Dubena, Menkenhoff,  
Abelhoff, Holmhoff, Buschhoff, Isenberg, Ellern, Alt =

und Neusauken, Oserwenhoff, Sussen und Mahlemuische, nebst zu diesen Gütern gehörigen Widmen abgetheilt werden.

- 3) in den Friedrichstädtischen, zu welchem der Rest des Selburgschen Kirchspiels und die Kirchspiele Nerst, Ascheraden, Neuguth und Baldohnen zugetheilt werden.
- 4) in den Goldingschen, zu welchem die Kirchspiele: Goldingen, Frauenburg, Alschwangen, Hasenpoth und Windau abgetheilt werden.
- 5) in den Libauschen, zu welchem die Kirchspiele Grobinen, Durben und Gramsdien gehören sollen.
- 6) in der Tuckumschen, dem die Kirchspiele Aug, Tuckum, Kandau, Zabeln, Talsen und Neuenburg zugetheilt werden.

#### §. 2.

Es wird das Oberhofgericht, als Gerichtshof bürgerlicher und peinlicher Rechtsachen bestätigt.

#### §. 3.

In jedem Kreise wird ein Oberhauptmanns- oder Kreisgericht für Justizsachen, und ein Hauptmanns- oder Niederlandgericht für Polizensachen angeordnet.

#### §. 4.

In Mitau bleibt das dasige Oberhauptmannsgericht, und wird das Doblensche Hauptmannsgericht dahin, mit Beybehaltung seiner Widmen und Emolumente, unter dem Namen des Mitauschen Hauptmannsgerichts, verlegt.

#### §. 5.

In Jakobstadt bleibt das dasige Oberhauptmannsgericht, und wird dahin das Windausche Hauptmannsgericht, mit Beybehalt-

tung seiner Emolumente und Widmen, unter dem Namen des Jakobstädtischen Hauptmannsgerichts, versezt.

§. 6.

In Friedrichstadt, wird das Friedrichstädtische Hauptmannsgericht, mit Beybehaltung seiner Widmen und Emolumente, zum Friedrichstädtischen Oberhauptmannsgericht erhoben; und das Bauskesche Hauptmannsgericht wird, mit Beybehaltung seiner Widmen und Emolumente dahin, unter der Benennung des Friedrichstädtischen Hauptmannsgerichts, verlegt.

§. 7.

In Goldingen bleibt das dasige Oberhauptmanns- und Hauptmannsgericht.

§. 8.

Nach Libau wird das Grobinsche Hauptmannsgericht, mit Beybehaltung seiner Widmen und Emolumente, als Libausches Oberhauptmannsgericht, und das Durbensche Hauptmannsgericht, mit Beibehaltung seiner Widmen und Emolumente, unter dem Namen des Libauschen Hauptmannsgerichts, versezt.

§. 9.

In Tuckum bleibt das dasige Oberhauptmannsgericht, und wird dahin das Randausche Hauptmannsgericht, mit Beibehaltung seiner Widmen und Emolumente versezt.

§. 10.

Es wird in jedem Kreise ein adliches Vormundschafts-Amt errichtet.



## Kapitel II.

## Von der Ordnung in Besetzung der Aemter.

## §. 11.

Das Oberhofgericht verbleibet bey seiner jetzigen Organisation.

## §. 12.

Wird die Stelle eines der Oberhofgerichts-Glieder vacant; so rücken die jüngern Glieder vor, und zu der alsdann erledigten jüngsten Oberhofgerichtsraths-Stelle präsentirt der General-Gouverneur zwey von den Oberhauptleuten dem dirigirenden Senat, welcher einen davon zum Oberhofgerichtsrath bestellt.

## §. 13.

Wird eine Oberhauptmanns-Stelle vacant; so versammelt sich der Adel des Kreises in welchem die Vacanz vorgefallen ist, nachdem derselbe auf Befehl der Regierung vom Kreis-Marschall dazu verschrieben worden ist, und wählet nach Stimmenmehrheit aus den sechs Hauptleuten, drey, zu der Stelle eines Oberhauptmanns. Der Kreis-Marschall berichtet die Namen der Gewählten dem Gouvernements-Marschall, der sie dem General-Gouverneur, oder wenn keiner ist, dem Gouverneur zur weitem Unterlegung und ukasemäßiger Bestätigung vorstellt.

## §. 14.

Wird die Stelle eines Hauptmanns vacant, so versammelt sich der Adel des Kreises in welchem die Vacanz ist, und wählet nach Stimmenmehrheit aus denen Mannrichtern und Oberhauptmanns-Assessoren des ganzen Landes drey, zur Stelle eines Hauptmanns. Die Zusammenberufung, Wahl, Berichtsabstattung, Präsentation und Bestätigung geschieht nach dem §. 13.

## §. 15.

Wenn eine Mannrichter- oder Oberhauptmanns-Assessors-Stelle vacant wird; so versammelt sich der Adel des Kreises in welchem die Vacanz ist, und wählet aus den Hauptmanns-Assessoren, drey, zu der erledigten Stelle. Die Zusammenberufung, Wahl, Berichtsabstattung, Präsentation und Bestätigung geschieht wie im §. 13 verordnet worden ist.

## §. 16.

Wird eine Hauptmanns-Gerichts-Assessors-Stelle vacant; so versammelt sich der Adel des Kreises in welchem die Vacanz ist, und wählet einen Assessor aus dem eingebohrnen Adel. Die Zusammenberufung, Wahl, Berichtsabstattung, Präsentation und Bestätigung geschieht nach dem §. 13.

## §. 17.

Der Adel jedes Kreises wählet seinen Kreis-Marschall, oder wie er bisher genannt worden, Oberhauptmannschafts-Bevollmächtigten, auf dem Landtage, wo auch die Wahl seines Gouvernements-Marschalls, oder wie er bisher genannt worden, seines Landesbevollmächtigten vollzogen wird.

## §. 18.

Die Secretäre werden von den Vorsitzern der respectiven Behörden Einem dirigirenden Senat zur Bestätigung vorgestellt, und sind, da sie votum consultativum haben, gehalten, alle Ausfertigungen zu kontrasigniren.

## §. 19.

Die Kanzleyen-Officianten werden von den Vorstehern ihrer Behörden vorgeschlagen, und dem Generalgouverneur oder Gouverneur zur Bestätigung unterleget.

## Kapitel III.

## Von den Mitteln, einem Rechtsstreite zuvorzukommen.

## §. 20.

Jeder Behörde wird es zur Pflicht gemacht, die streitenden Theile zur gütlichen Beylegung zu vermögen, und bey diesem Geschäfte keinen Advokaten zuzulassen. Die Richter sollen daher von Amts wegen beyden Theilen den mißlichen Ausgang eines jeden Prozesses, so wie dessen Kostspieligkeit vorstellen, und ihnen Vorschläge zur gütlichen Auskunft nach den Grundsätzen der Billigkeit vorlegen; auch sie zu dem Vergleich durch alle, aus der Sache selbst hergenommene Bewegungsgründe, zu bestimmen suchen.

## §. 21.

Wird der Vergleich zu Stande gebracht; so muß derselbe im Protokoll umständlich verschrieben, auch von den Parten, die des Schreibens kundig sind, unterzeichnet werden. Die Richter sind verbunden, die Bedingungen des Vergleichs so klar und deutlich auszudrücken, daß zu neuen Streitigkeiten keine Gelegenheit und Veranlassung übrig bleibt.

## §. 22.

Sollte einer oder der andere Parte aus erheblichen Gründen nicht in Person erscheinen; so muß der Vergleich ebenmäßig mit dem dazu von den Parten ausdrücklich zu constituirenden Bevollmächtigten, der kein Sachwalter seyn muß, versucht, und alles so beobachtet werden, als wenn der Parte selbst erschienen wäre.

## §. 23.

Ein auf diese Art gerichtlich geschlossener Vergleich soll die Kraft eines rechtskräftigen Urtheils haben.

## §. 24.

Wenn es denen Richtern nicht gelingen sollte, einen Vergleich zu Stande zu bringen, so kann ein oder der andere Theil den Weg Rechtens in Rücksicht der Punkte darüber keine Einigung zu treffen möglich war, gehen; jedoch müssen die Bedingungen im Protokoll verzeichnet werden, welche die Richter vorgeschlagen haben.

## §. 25.

Wenn derjenige Theil, welcher die vorgeschlagenen Bedingungen nicht angenommen, in der Folge sachfällig erklärt werden sollte; so hat derselbe auf keine Kompensation der Kosten zu rechnen.

## §. 26.

Es ist denen Parten unbenommen, ihre Rechts-Streitigkeiten durch Vergleiche oder durch kompromissorische Gerichte beizulegen.

## Kapitel IV.

## Von dem Oberhofgerichte.

## §. 27.

In dem Oberhofgericht sitzen: der Landhofmeister, der Kanzler, Oberburggraf, Landmarschall und zwey Oberhofgerichtsräthe.

## §. 28.

Der Landhofmeister hat, bey vorfallender Stimmengleichheit, zwey Stimmen: wäre der Landhofmeister aber krank oder abwesend; so hat das jedesmalige nach ihm folgende Mitglied, bey Gleichheit der Stimmen, zwey Stimmen.

## §. 29.

Das Oberhofgericht soll seine Sitzungen vom ersten September bis zum ersten Juny, die Sonn- und Festtage ausgenommen, halten. In der Ferienzeit vom ersten Juny bis zum ersten September, welche in Rücksicht des für dieses Gouvernements so wichtigen Ackerbaus, zum Besten des Publikums und der Richter festgesetzt wird, sollen zwei Mitglieder zur Expedirung der laufenden Geschäfte, bey dem Kollegio bleiben.

## §. 30.

Es müssen alle Glieder auch in der Ferienzeit zusammen kommen, wenn solches der Generalgouverneur bey wichtigen Ereignissen verlangt.

## §. 31.

In den Ferien müssen Suppliquen angenommen, auch alle Sachen, wo Gefahr im Verzuge zu befürchten ist, expedirt werden.

## §. 32.

Am Sonnabend, Sonn- und Festtagen, sollen keine Sachen ohne höchste Noth vorgenommen werden. Hieher gehören Arreste und die Wahrnehmung der Rechts-Fatalien.

Zur Kompetenz des Oberhofgerichts gehören:

- 1) Alle Appellationen von den Oberhauptmannsgerichten; Magisträten; den delegirten Gerichten in Restitutionen, Ermis-sionen, Immissionen, Executionen; von dem Arbitrair-Gericht; von den Kommissionen in Grenzstreitigkeiten, in Erbschaftstheilungen und Theilungen des gemeinen Guthes; von den Arrende-Kommissionen auf Kronsgütern und den Kirchenvisitationen.

- 2) Es soll vor demselben gehören: „die Nachsuchung, Verhängung und Demandirung des Oberhauptmannsgerichts zu Immissionen, Ermissionen, Restitutionen, und dem gesetzlichen Arrendegericht; auch rechtlichen Kommissionen und Sequestrationen: so wie auch die Appellation vom Arbitrairgericht, wenn im Compromiß, derselben nicht entsagt worden ist; indem alle diese Sachen ihrer Natur nach zur Rechtspflege und nicht für die Regierung, welche keine Richterin ist, sich qualifiziren. Dahingegen verbleibt es bey der Regierung, zur Exekution rechtskräftiger Urtheile und in liquiden Sachen, das Hauptmannsgericht zu befehligen; welches auch in Rücksicht der Eintreibung der Kronsarrenden und andern Abgaben statt hat.
- 3) Alle Konkursachen des Adels gehören zur unmittelbaren Verhandlung vor dem Oberhofgericht, wie auch die adlichen Ediktal-Prozesse, die in ihrer ganzen Kraft bestätigt werden; so daß niemand nach einer erfolgten Präklusiv-Sentenz im Konkurs- und Ediktal-Prozeß, welcher bis dahin geschwiegen hat, irgend gehört, sondern abgewiesen werden soll; weil die Gesetze nur für die Wachenden sorgen, und diese Einrichtung zur Sicherstellung des Eigenthums und Credits nothwendig ist.
- 4) Wenn mehrere Beklagte sind, die in verschiedenen Oberhauptmannschaften wohnen; so können sie vor dem Oberhofgericht, als dem foro communi, unmittelbar ausgeladen werden.
- 5) Auch kann der Adel die Provokation ex lege diffamari vor dem Oberhofgericht anstellen.
- 6) Die adlichen Kriminalfachen stehen unmittelbar vor dem Oberhofgerichte; es sollen aber in Zukunft die Oberhauptleute zur Abwartung der Kriminalgerichte nicht mehr verschrieben werden.

- 7) Wenn aber Beamte, wes Standes sie sind, wegen Malversation im Amte angeschuldigt werden; so sollen sie dem Oberhofgerichte, als dem Gerichtshofe peinlicher Sachen, übergeben werden.
- 8) Die Revision in allen peinlichen Sachen soll dem Oberhofgerichte nach der unter §. 74 festgesetzten Norm zustehn.
- 9) Es kompetiret dem Oberhofgerichte die Obererkenntniß in allen Vormundschaftsachen.

## §. 34.

Wenn jemand einer Restitution, Immission, Exekution und s. w. resistirt, wie dies zum Nachtheil aller guten Ordnung bisher sich oft ereignet hat; so soll das Oberhofgericht die Restitution u. s. w. armata manu verhängen und bey der Regierung um militärische Hülfe requiriren, indem künftig dazu der Adel bewafnete Leute nicht stellen darf.

## §. 35.

Es soll das Oberhofgericht überdem ohne weitere Dilation, als auf die Berichtabstattung über die Resistance, den Fiskal gegen den Resistenten und dessen Beyhelfer demandiren und gegen selbige nach Strenge der Gesetze verfahren.

## §. 36.

Das Oberhofgericht und alle Behörden sollen nicht anders, als nach denen, auch für Kurland speciell erlassenen Allerhöchsten namentlichen und Senatsukasen, nach den Landesgesetzen und den in Kurland geltenden gemeinen Hülfsrechten verfahren und erkennen.

## §. 37.

Hat es dem Publikum etwas bekannt zu machen; so requirirt es die Regierung zu diesem Zweck.

## §. 38.

Es kann weder seine eigenen Entscheidungen, noch die eines andern Gerichtshofes, reformiren.

## §. 39.

Wenn jemand mit den Entscheidungen des Oberhofgerichts unzufrieden ist; so kann er an Einen dirigirenden Senat appelliren.

## §. 40.

Der Appellant muß nach den Landesgesetzen, die Appellation vor dem Oberhofgericht, binnen zehn Tagen einwenden.

## §. 41.

Der Appellant muß innerhalb einem Jahre, von dem Tage der eingewandten Appellation gerechnet, seine Sachen im Senat introduciren und rechtfertigen.

## §. 42.

Der Appellant muß bey Einwendung der Appellation, Einhundert Rthlr. Alb. deponiren.

## §. 43.

Das Oberhofgericht soll die verfallenen Succumbenzgelder an die allgemeine Fürsorge abgeben. Der Fiskal ist von Deponirung des Geldes befreit.

## §. 44.

Wenn jemand die Fatale zur Einwendung der Appellation, oder zur Introducirung versäumt, oder die Gelder nicht deponirt hat; so soll er gar nicht mehr gehört werden.

## §. 45.

Es werden alle Appellationen, in Sachen, deren Werth nicht zweyhundert funfzig Rthlr. beträgt, gänzlich untersagt.



## §. 46.

Es muß im Oberhofgericht, wie in allen Behörden, die Kanzleyordnung von 1796 beobachtet werden, und der Obersekretair soll alles kontrasigniren.

## §. 47.

Das Oberhofgericht empfängt Befehle vom Senat, und statet dem Senat Berichte ab. Es communicirt mit der Regierung und dem Kameralhofs, und ertheilt Befehle an alle Unterbehörden, von denen es Berichte empfängt.

## §. 48.

Wenn es sich ereignen sollte; daß mehrere Mitglieder des Oberhofgerichts krank würden, oder daß gegen mehr als einen aus rechtlichen Gründen excipirt würde; so soll das Oberhofgericht in Stelle der kranken oder der recusirten Glieder, eben so viel Oberhauptleute auffordern, welche sofort erscheinen, und in den quästionirten Sachen mit erkennen sollen.

## §. 49.

Das Oberhofgericht wird sich angelegen seyn lassen, Junge von Adel als Referendarien, Auscultatoren, und sonst bey der Kanzley, ohne Gehalt anzustellen; und soll der Adel auf die, welche ihm vom Oberhofgericht empfohlen worden sind, bey der Wahl der Hauptmannsassessoren ganz vorzüglich Rücksicht nehmen.

## Kapitel V.

## Von den Oberhauptmannsgerichten.

## §. 50.

Im Oberhauptmannsgerichte sitzen, der Oberhauptmann und zwey Oberhauptmannsassessoren.

## §. 51.

Es wird dem Oberhauptmannsgerichte übertragen: in allen bürgerlichen und peinlichen Sachen, die nicht unmittelbar vor dem Oberhofgerichte gehören, Recht und Gerechtigkeit zu handhaben.

## §. 52.

Es gehören demnach vor demselben:

- 1) Der Adel, welcher auf dem Lande oder in den Städten wohnt, in allen ordinairen bürgerlichen Sachen, also in allen persönlichen und dinglichen Klagen, für die kein besonderes forum privilegiatum causæ angeordnet ist. Folglich gehören auch vor demselben alle Streitigkeiten wegen Landgüter, Eigenthumsklagen und Servitutenklagen, alle Klagen wegen Privilegien, Testamenten, und wegen der gesetzlichen Erbfolge, und die Klagen aus Kontrakten.
- 2) Alle Bürger, welche auf dem Lande wohnen und alle Litteraten überhaupt, sortiren in allen Civil- und Kriminalsachen vor dem Oberhauptmannsgericht.
- 3) Alle Personen, welche in den Städten wohnen, und unter der Städtischen, (ohnbeschadet der besonders privilegierten Gerichtsbarkeit stehn,) sortiren in Kriminalsachen, nach Maaßgabe der Landesgesetze, vor dem Oberhauptmannsgericht.
- 4) Die Kronsbauern, die Freybauern, und alle adeliche Erbunterthanen sollen in Kriminalsachen unter dem Oberhauptmannsgericht stehen. Dahingegen wird dem Adel über seine freyen und eigenbehörigen Unterthanen, nicht nur die Civil-Gerichtsbarkeit, sondern auch die Hauszucht, die aber die, unter §. 75. bestimmte Polizeystrafe nicht übersteigen muß, bestätigt. Auch wird den Arrendebesitzern, die ihnen vermöge

der Kontrakte zustehende Civilgerichtsbarkeit und Hauszucht bekräftigt. —

- 5) Alle Bauern-Forderungssachen, aus Krons- und Privatgütern, gehören vor den Oberhauptmannsgerichten, als welche darin nach Vorschrift der Allerhöchsten Ukaßen des Gottseligen Kaisers und großen Herrn Paul I. und den Landesgesetzen verfahren, und in Gemäßheit der angeführten Ukaße und der Erklärung des Generalprokureurs keine Leute ausgehen sollen; welche, aus welchem Gouvernement es auch sey, schon vor dem 9. April des Jahres 1797 sich im kurländischen Gouvernement befunden haben.
- 6) Die Hakenwerke und deren Einwohner sortiren in Kriminal- und Civilsachen vor dem Oberhauptmannsgericht. — Gleichermassen sortiren die auf den Freyheiten zu Windau, Bauske, Grobinen, wohnende teutsche und unteutsche Leute, unter den Oberhauptmannsgerichten ihres Kreises in Civil- und Kriminalssachen.
- 7) Uebrigens erhält jeder seinen Gerichtsstand nach den kurländischen Statuten, *ex domicilio, contractu et delicto* und *ex reconventione*.

#### §. 53.

Die Oberhauptleute sollen vom Oberhofgericht, den Landesgesetzen gemäß, zu Erbschafts- Grenz- und Theilungskommissionen, zu Restitutionen, Ermissionen, Immissionen und Sequestrationen befehligt werden; wobey aber festgesetzt wird: daß die Oberhauptleute nicht mehr willkührlich dafür Bezahlung verlangen; sondern nach den Landesgesetzen nichts mehr, als die Meilengelder und vierzig Rthlr. Alb. für Abwartung des Termins, die Sekretaire aber nur zwanzig Rthlr. Alb. erhalten sollen. Wer überführt wird, mehr

genommen zu haben; soll mit dem Vierfachen, zum Besten des Angebers, bestraft und seines Amtes entsetzt werden.

§. 54.

Der Kameralhof kann nach den Landesgesetzen, die Glieder des Oberhaupt- und Hauptmannsgerichts zu Arrende-Kommissionen demandiren.

§. 55.

Wenn der Oberhauptmann krank ist, oder die Gerichte nicht abwarten kann, oder wider ihn aus rechtlichen Gründen excipirt wird; so soll der Hauptmann, oder wenn dieser verhindert wird, der Mannrichter des Kreises, seine Stelle vertreten.

§. 56.

Wenn ein Assessor des Oberhauptmannsgerichts krank ist, oder die Gerichte nicht abwarten kann, oder wider ihn aus rechtlichen Gründen excipirt wird; so soll ein Assessor des Hauptmannsgerichts seine Stelle vertreten. Eben so sollen auch die Oberhauptmanns-Assessoren die Stellen der Hauptmanns-Assessoren vertreten, wenn diese in einer Sache nicht sitzen können.

§. 57.

Das Oberhauptmannsgericht hält seine Sitzungen vom 1. September bis zum 1. Julii. In den Ferien muß einer bey der Behörde bleiben. Uebrigens aber soll der Oberhauptmann die in obigen §§. 30 und 32 enthaltene Vorschriften auch auf seiner Behörde anwenden und befolgen.

§. 58.

Wenn jemand mit der Entscheidung des Oberhauptmannsgerichts unzufrieden ist; so kann er seine Appellation an das Oberhofgericht einwenden, wobey folgendes angeordnet wird:

- 1) Wenn jemand die Termine zur Einwendung oder zur Introdueirung und Justificirung der Appellation verabsäumt, oder die Sukkumbenzgelder nicht deponirt; so geht das Urtheil in Rechtskraft über und er soll nicht ferner gehört werden.
- 2) Es wird das Appelliren von allen Beyurtheilen gänzlich untersagt.
- 3) Der Fiskal und die das Armenrecht haben, sind von der Deponirung der Sukkumbenzgelder befreit.
- 4) Die Appellation ist gänzlich untersagt, wenn die Sache, über die Prozeß geführt wird, unter 100 Rthlr. an Werth ist.
- 5) Mit der Appellation von Restitutionen, Immissionen, Exmissionen, dem Arbitrairgericht und in Bauerforderungen, soll es nach der Vorschrift der Landesgesetze seine Bewandniß haben; jedoch mit der Abänderung: daß die Appellation in Rücksicht der aberkannten Summa, nicht nur Effectum devolutivum, sondern auch suspensivum haben soll.

#### §. 59.

Das Oberhauptmannsgericht mischet sich nie von selbst in der Erörterung einer Sache; sondern verfährt nicht anders, als auf Klage oder Anklage der Parten, auf Delation, auf Kommunikation oder den Bericht eines niedern Gerichts, oder auf Befehl der Oberbehörden.

#### §. 60.

Wenn jemand im Kreise ein Guth kauft; so soll er den Kaufbrief im Oberhauptmannsgericht anzeigen, dieses schlägt eine Anzeige an die Gerichtsthüre an: daß ein solches Guth um einen so-

chen Preis gekauft, oder auf eine lange Zeit verpfändet worden sey, und meldet es dem Oberhofgericht, welches solches zum Einrücken in die Zeitungen der beiden Hauptstädte dem Senat unterleget, auch in der Hamburger Zeitung einrücken läßt. Meldet sich in zwey Jahren, vom Tage des Anschlags gerechnet, niemand; so sollen an diesem Guthe keine Ansprüche statt haben, und das Oberhauptmannsgericht läßt das Gut durch ein Glied des Hauptmannsgerichts, dem Käufer oder Pfandnehmer übergeben. Solches ist bey Güthern, die öffentlich vor dem Oberhofgericht adjudicirt werden, nicht nöthig, da in solchen Fällen die Bekanntmachung in den Zeitungen ohnehin vorangegangen ist.

#### §. 61.

Das Oberhauptmannsgericht empfängt Befehle von der Regierung, dem Kameralhose und Oberhofgerichte und stattet an dieselben Berichte ab. Es giebt Befehle und empfängt Berichte vom Hauptmannsgericht und den Stadtmagistraten,

### Kapitel VI.

#### Vom Hauptmannsgerichte oder Niederlandgerichte.

#### §. 62.

In dem Hauptmannsgerichte sitzen: der Hauptmann, der Mannrichter, und zwey Hauptmannsassessoren. Bey Gleichheit der Meinungen entscheidet die, welcher der Hauptmann beytritt. In Abwesenheit des Hauptmanns, hat der Mannrichter den Vorsiz.

## §. 63.

Den Hauptmannsgerichten wird unter der Direktion der Regierung, die Landpolizey im ganzen Kreise, und den dazu gehörigen Hafelwerken übertragen.

## §. 64.

Das Hauptmannsgericht stehet in Sachen, die die Landpolizey betreffen, unmittelbar unter der Regierung.

## §. 65.

Es muß seine Pflichten mit Treue und Eifer, zum Dienste Kaiserlicher Majestät, mit Wohlwollen und Menschenliebe gegen das Volk, mit Gelindigkeit ohne sorglose Nachlässigkeit, und mit immerwährender Aufmerksamkeit erfüllen; damit überall Ordnung und Sicherheit herrsche.

## §. 66.

Bermöge der diesem Gericht zustehenden Polizey, gehört demselben:

- 1) Die Besorgung aller Maaßregeln: welche zur äußern und innern Kultur des Landes und Vermehrung der Einwohner abzwecken.
- 2) Die Besorgung aller Maaßregeln: die für die Vermehrung des Wohlstandes und Beförderung der Bequemlichkeit dienen, und überhaupt die Besorgung alles dessen: was die Nahrungsstände blühend machen und befördern kann.
- 3) Die Aufsicht und Handhabung guter Sitten, der Ordnung und inneren Sicherheit im Kreise.

## §. 67.

In Beziehung dieser seiner Pflichten:

- 1) Muß das Hauptmannsgericht durch Zureden, die Ackerleute zum Feldbau und zur Vieh- und Pferdezuucht aufmuntern; auch kann es, dazu dienliche Vorschläge, der Regierung unterlegen.
- 2) Muß es die Landleute zur Aufbewahrung eines Getreidevorraths, für Miswachszeiten, zureden.
- 3) Den Hauptmannsgerichten müssen die Arrende- und Ausfaats-, auch andere Produktstabellen, zur gehörigen Zeit eingesandt werden, und sie müssen solche der Regierung bey einem Berichte zuschicken.
- 4) Der Mannrichter ist verpflichtet, in Folge der neuen Wegeordnung darauf zu sehen: daß die Landstraßen, Kirchenwege, Brücken und Fahren im gehörigen Stande gehalten und kein Fahren- oder Brückengeld genommen werde; es sey denn, wo selbiges seit alten Zeiten eingeführt worden ist.
- 5) Wenn der Mannrichter durch Krankheit oder durch andere Verhinderungen abgehalten wird die Wege selbst zu bereisen; so kann ein anderes Glied des Hauptmannsgerichts seine Stelle auf Delegation des Hauptmannsgerichts vertreten.
- 6) Es muß darauf sehen: daß niemand im Kreise einen verbotenen Handel, Vor- und Aufkäuferen treibe, noch verbotene Waaren durch den Kreis führe.
- 7) Es muß dafür wachen: daß niemand im Genuß, der von Kaiserlicher Majestät zugestandenen Gewissensfreyheit, beeinträchtigt werde.
- 8) Es muß darauf wachen: daß zur Verhinderung des Kinder-



mordes, geschwächte Personen nicht beleidigt, und den Kindern vom Verführer, Allimente gereicht werden.

- 9) Wenn sich im Kreise ansteckende Krankheiten unter den Menschen, oder Vieh- und Pferdeseuchen einfänden: so soll es verbunden seyn, auf die erste Anzeige den Kreisarzt zur Untersuchung und Heilung, nicht nur zu requiriren; sondern auch auf seinen Rath alle Veranstaltung zur Hemmung des Uebels, und zur Verhinderung einer weitem Ausbreitung zu treffen. Es muß der Regierung sofort darüber, und über die getroffenen Anstalten raportiren.
- 10) Der Kreisarzt muß die Reise und Heilung in solchen Fällen unentgeltlich verrichten; außer daß ihm die Progon- gelder zugestanden werden, welche der Guthsherr bezahlen soll.
- 11) Es kompetirt dem Hauptmannsgericht die Aufsicht über die Beschaffenheit der Lebensmittel, so wie über alle Maaßregeln, welche den Gesundheitszustand der Einwohner betreffen.
- 12) Es soll von den Marktpreisen des Getraides und anderer Lebensmittel im Kreise, Wissenschaft haben, und darüber vorschriftmäßig, die Berichte der Regierung, monatlich ab- statten.
- 13) Es muß darauf halten: daß im Kreise überall richtiges Maaß und Gewicht vorhanden ist.
- 14) Es muß darauf sehen: daß die gesetzlichen Anordnungen, wegen Feuerschaden überhaupt, und in Betref der Kronswäl- der genau beobachtet werden; und alle dahin gehörigen Vorkehrungen, auch von seiner Seite treffen.

- 15) Es muß über die Geseze, in Betref der Verschwendungen, der Schwelgerey, der Heppigkeit, des Müßigganges, und aller andern Unordnungen, welche gute Sitten zerstören, wachen.
- 16) Es muß die Geseze in Betref der Hazardspiele, ohne Ansehn der Person, auf Delation in Ausübung bringen, und gegen die Uebertreter verfahren.
- 17) Es muß überhaupt darauf sehen: daß alle heilsame Vorschriften der Geseze, überall im Kreise beobachtet werden. Es kann die Uebertreter zur Erfüllung ihrer Pflicht mit Polizeystrafe anhalten, und zeigt die Unverbesserlichen der Regierung an.
- 18) Damit aber die häusliche Ruhe des Landmannes, und auch das Gericht selbst, durch grundlose Angaben nicht unaufhörlich turbirt werde; so soll selbiges nur
  - a) Auf Befehl höhern Orts bestimmte Amtspflichten,
  - b) Auf Requisition des Guthsbesizers, oder dessen Wirthschaftsauffsehers,
  - c) Auf jedermännigliche Delation obbesagte Amtspflichten auszuüben, befugt seyn.
  - d) Jedoch muß Delator, wenn er kein Vermögen im Gouvernément hat, eine reelle oder juratorische Kaution bestellen, oder in deren Ermangelung unter Polizeyaufsicht behalten werden; damit im Fall einer fälschlichen Angabe, dem Delato und dem Hauptmannsgericht, für unnütze Turbation und Kosten, der Regreß offen bleibe.
- 19) Es muß auf alle Weise Ruhe und innere Sicherheit, im Kreise handhaben. Sobald sich irgendwo eine Rotte Räu-

ber oder Diebe zeigt; so trifft es alle Anstalten sie einzufangen, und stattet der Regierung Bericht ab.

- 20) Es muß darauf sehen: daß jeder seine Bettler ernähre, und daß selbige sich nicht herumtreiben.
- 21) Es muß darüber wachen: daß niemand unverpaßte Leute, oder deren Pässe abgelaufen sind, noch weniger Deserteurs, beherberge noch halte.
- 22) Es muß die Befehle der Regierung, des Oberhofgerichts, Kameralhofes und Oberhauptmannsgerichts, publiciren.

#### §. 68.

Die Gouvernementsregierung kann das Hauptmannsgericht zur Exekution rechtskräftiger Urtheile und Eintreibung der Kronsarrende und anderer Abgaben befähigen. Es kann auch das Oberhauptmannsgericht demselben die Exekution seiner rechtskräftigen Urtheile, die nicht Sachen von mehr als 250 Rthlr. Alb. an Werth betragen, aufgeben; weil die Nachsichung der Exekution bey der Regierung über kleine Sachen, den Rechtsgang aufhalten und zu kostspielig machen.

#### §. 69.

Der Exekutionsrichter soll in allen Kronsfachen sein Amt unentgeltlich verrichten; in Privat-Exekutionsfachen aber soll er, nach den Landesgesetzen, nichts mehr als Meilengelder und 33 Rthlr. Alb., der Sekretair nur 20 Rthlr. Alb. erhalten. Wer mehr genommen zu haben, überführt werden kann, soll seines Amtes verlustig erklärt werden.

#### §. 70.

Alle seine andern Funktionen muß es unentgeltlich verrichten; jedoch wird den Gliedern zu ihren Reisen, Vorspann von Hof zu

Hof, in Kronsfachen, wenn sie mit einem Mandat versehen sind, verstattet.

§. 71.

Es kann sein Amt ohne alle Delation und Klage, in allen solchen Sachen, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit unmittelbar betreffen und stören, verrichten; muß aber sonst nicht ex officio verfahren.

§. 72.

Es hat die erste Untersuchung in allen solchen peinlichen Sachen, die zur Revision gehören, und die richterliche Erkenntniß in solchen Polizeyverbrechen, welche gar nicht für die Revision gehören.

§. 73.

Damit aber kein Mißverständniß und Streit über eigentliche peinliche Verbrechen und über Polizeyverbrechen entstehen mögen; so sollen:

I. zu eigentlichen peinlichen Verbrechen, in welchen die Revision erforderlich ist, folgende gehören:

- 1) Hochverrätther, Landesverrätther, und Majestätsverbrecher.
- 2) Die die Publikation einer Allerhöchsten Ukase, oder über Befehle der Oberbehörden, vorhandene und angeschlagene Publikationen abreißen oder zerreißen.
- 3) Die Aufrührer und ihre Theilnehmer.
- 4) Die sich eine unerlaubte Selbsthülfe nehmen.
- 5) Die Gefängnisse erbrechen, oder boshafter Weise Gefangene befreien.

- 6) Die sich obrigkeitlichen Befehlen und Verordnungen gewaltsam widersetzen.
- 7) Die muthwillig den Gottesdienst stören, und in die Kirchen mit Gewalt dringen.
- 8) Die von der rechtgläubigen Kirche abfallen, oder die welche jemand zu diesem Abfall überreden und bewegen.
- 9) Die, welche durch angebliche Zaubereyen und Gaukeleyen die Einwohner betrügen, und im Aberglauben stärken.
- 10) Die neue Sekten stiften.
- 11) Die andere in der von Kaiserlicher Majestät bekräftigten Gewissensfreiheit stören.
- 12) Die Anmaßung der Regalien.
- 13) Die Münzverbrecher, wohin auch die gehören, welche Assignate machen, oder falsche Banknoten wirklich in Umlauf bringen.
- 14) Die Stempel-Kontravenienten.
- 15) Die Zolldefraudanten, diejenigen die Kontrebande machen und andere Zollverbrecher.
- 16) Alle Verbrechen der Beamten, als: Malversationen in der Verwaltung des Amtes, Widersetzlichkeit gegen Vorgesetzte, gebrochene Amtsverschwiegenheit, Bestechung, unordentliche Lebensart derselben, Verfälschungen u. s. w.
- 17) Die Deserteurs, und die, welche wissenstlich selbige

hegen, oder sie zur Flucht bereben und auf derselben begünstigen.

- 18) Die, welche den andern an seinem Leibe verlegen oder verwunden.
- 19) Die, welche wegen Excesse, in der Nothwehr, oder Ausübung der Selbsthülfe verklagt werden.
- 20) Die Pasquillanten.
- 21) Die schweren Injurien.
- 22) Die Duellanten.
- 23) Die Mörder aller Art.
- 24) Die Verführer; Blutschande, Entführung, Frucht-  
abtreibung, Nothzucht, Ehebruch, Polygamie, und  
die unnatürlichen Sünden.
- 25) Die Menschenräuber, und die Verkäufer freyer  
Menschen.
- 26) Die Räuber und Straßenräuber.
- 27) Die Diebe, die über 50 Rthlr. Alb. gestohlen haben,  
die mit Waffen oder Einbruch einen Diebstahl bege-  
hen, und die mehr als drey mal gestohlen haben, auch  
die Hefler solcher Diebe.
- 28) Die Banquerouteurs.
- 29) Die unerlaubte Hazardspiele getrieben, oder erlaubt  
haben, daß in ihrem Hause dergleichen Spiele getrie-  
ben worden sind.
- 30) Die vorgeblichen Goldmacher und Wahrsager.

- 31) Die einen Meineid begangen haben.
- 32) Die Verfälscher des Maaßes und Gewichtes.
- 33) Die Annäherung eines fremden Namens, Wappens oder Titels.
- 34) Die Mordbrenner und vorsätzliche Brandstifter.
- 35) Endlich alle und jede Verletzungen und Betrügereien, wo der angerichtete Schaden den Werth von 50 Rthlr. Alb. übersteiget.

II. Zu den Polizeyverbrechen sollen alle übrige Vergehungen gehören.

§. 74.

Das Hauptmannsgericht soll die erste Untersuchung haben; findet es, daß die Sache zu den Fällen gehört, in denen nach dem §. 5. die Revision nöthig ist: so sendet es nach genauer und vollendeter Untersuchung und angestellten Obduktionen und Lokalinспекtionen, wo selbige nöthig sind, die Akten nebst den Angeklagten an das Oberhauptmannsgericht; dieses revidirt die Akten ganz genau, sorgt für die Kompletirung der Akten, entwirft seine Meinung, und schickt solche mit dem Protokoll dem Oberhofgericht zur Revision zu. Das Oberhofgericht stellt sofort die Revision an, und untersucht genau, ob alles zur Ausmittlung des Verbrechens sowohl als der Unschuld und des Grades der Straffälligkeit in gehöriges Licht gesetzt worden sey. Nach vollendeter Untersuchung fällt es seine letzte Entscheidung, und übersendet solche dem Generalgouverneur, damit das Urtheil den Bösen zum Schrecken vollzogen werde.

§. 75.

Findet das Hauptmannsgericht: daß das Verbrechen nicht zur Revision geeignet ist; so erkennt es selbst auf polizeymäßige

Strafe. Zu den Polizeystrafen sollen gehören: Abbitte, Arrest bey Wasser und Brod auf vier Wochen; hundert Stockschläge, zwölf Paar Ruthen, und Geldstrafe von 10 Rthlr. Alb. Das Hauptmannsgericht soll das Maaß dieser Strafen nicht überschreiten. Ist der Angeklagte oder der Ankläger mit dem Urtheil des Hauptmannsgerichts unzufrieden: so kann er fordern, daß die Sache vor Execution der dictirten Strafe dem Oberhauptmannsgericht zugesandt werde. Dieses soll sofort die Sache untersuchen, und bestätigt es das Urtheil des Hauptmannsgerichts, so hat keine weitere Appellation statt. Findet es aber die Sache zur Revision geeignet: so fordert es die Akten nebst den Angeklagten vom Hauptmannsgericht, und schickt die Sache, wie im §. 74. bestimmt ist, zur Revision.

#### §. 76.

Es sollen im Hauptmannsgericht alle kleine Civilsachen, deren wahrer Werth nicht über 10 Rthlr. geht, eingeklagt, und endlich abgethan werden.

#### §. 77.

Wenn jemand mit der vom Hauptmannsgericht oder dessen delegirten Mitgliedern, geschehenen Vollziehung des Urtheils oder Befehls der Regierung oder eines Oberhofgerichts, unzufrieden ist; der soll seine Unzufriedenheit vor dem Hauptmannsgericht oder dem delegirten Mitglied, in 10 Tagen verlautbaren, und seine Unzufriedenheit und Beschwerde in 4 Wochen bey der Oberbehörde anbringen, aus welcher der Befehl oder das Urtheil dem Hauptmannsgericht zur Vollziehung zugesandt werden.

#### §. 78.

Wenn jemand mit dem Urtheil des Hauptmannsgerichts unzufrieden ist, wo es ex officio, ex mandato, oder Delation oder auf Klage verfahren hat, und die Sache mehr als 10 Rthlr. werth



ist; so geht die Appellation jedoch nur vom Endurtheil an das Oberhauptmannsgericht. Sie muß in 10 Tagen eingewandt und in 4 Wochen vor dem Oberhauptmannsgericht introducirt werden.

§. 79.

Das Hauptmannsgericht soll seine Sitzungen vom 1. September bis zum 1. Juny halten. In der Ferienzeit, vom 1. Juny bis zum 1. September, müssen aber zwey von den Gerichtsgliedern bey der Behörde, zur Expedirung der laufenden Sachen, bleiben.

§. 80.

Es soll die in den Sen 30. und 32. enthaltene Verordnungen, auch in seiner Behörde zur Ausführung bringen.

§. 81.

Der Gouverneur kann den Gliedern des Hauptmannsgerichts auf 28 Tage Urlaub geben; wollen sie auf längere Zeit Urlaub haben, so muß ihre Bitte dem Senat unterlegt werden.

§. 82.

Das Hauptmannsgericht empfängt Befehle und ertheilt Berichte von und an die Regierung, dem Kameralhofe, dem Oberhofgericht, Oberhauptmannsgericht und adelichen Vormundschaftsämte. Es communicirt mit den Magisträten.

§. 83.

Der Kammeralhof kann nach den Landesgesetzen, die Glieder des Hauptmannsgerichts zu Arrendekommissarien befehligen.

## Kapitel VII.

### Vom adelichen Vormundschaftsämte.

§. 84.

Im adelichen Vormundschaftsämte hat der Kreismarschall den

Vorsitz, und seine Beysitzer sind: der Oberhauptmann, der Hauptmann, und die beyden Oberhauptmannsassessoren.

§. 85.

Bei dem adlichen Vormundschaftsamte ist ein Protokollist, den der Kreismarschall ernennet und der Adel besoldet.

§. 86.

Unter dem adlichen Vormundschaftsamte stehen alle adliche Pupillen und diejenigen bürgerlichen Minorennen, welche solche Väter gehabt, die unter der Gerichtsbarkeit des Oberhauptmannsgerichts stehen, und von der Städtischen Jurisdiktion erimirt sind. Ferner stehen unter demselben, die für Verschwender erklärte, Unsinnige, Rasende, Blödsinnige, auch soll es sich der Wittwen annehmen. ,

§. 87.

Es ist die Pflicht desselben, dafür zu sorgen, daß Minorennne bevormundet werden. Damit es also zeitig erfahre, wenn Minorennne nachgeblieben sind; so sollen die Prediger aller Religionen, bey 30 Rthlr. Alb. Strafe, verbunden seyn, sogleich, wenn ein Vater stirbt und Kinder hinterläßt, dem Vormundsamte eine Anzeige über den erfolgten Sterbefall, und wer dessen nächste Blutsverwandte sind, zu machen.

§. 88.

Die Testamentarisch ernannten Vormünder, sollen sich binnen vier Wochen, nach Eröffnung des Testaments, im Vormundschaftsamte um ihre Bestätigung, bey 30 Rthlr. Alb. Strafe, melden.

§. 89.

Sind keine Testamentarische Vormünder ernannt: so bestellt das Vormundschaftsamte welche, aus den nächsten Verwandten oder andern guten rechtschaffenen Männern.

## §. 90.

Ein jeder Einwohner ist verbunden die Vormundschaft anzunehmen.

## §. 91.

Zu den gesetzlichen Entschuldigungen gehören:

- 1) Ein Alter von 60 Jahren.
- 2) Der Besiz eigener sechs unmündiger Kinder.
- 3) Die Verwaltung zweyer Vormundschaften.
- 4) Der Kriegs- und Civildienst.
- 5) Eine Krankheit, in der man seine eigene Geschäfte nicht verwalten kann.

## §. 92.

Wenn jemand seine Entschuldigungen anbringt und das Vormundschaftsamt selbige verwirft: so kann er sich um Dispensation zwar bey dem Oberhofgericht melden, muß aber bis zu dessen Entscheidung, bey eigener Verantwortung, die Inventur besorgen, auch für alle, durch seine Versäumnis verursachte Schäden, aufkommen.

## §. 93.

Es können gar nicht zu Vormünder ernannt werden:

- 1) Verschwender ihres eigenen Vermögens.
- 2) Menschen, welche in offenbaren Lastern leben, und unter öffentlicher Strafe gestanden haben.
- 3) Menschen von rauhen Sitten.
- 4) Minderjährige, Unsinnige, Blödsinnige, Blinde, Taubstumme und eigenbehörige Leute.
- 5) Die in tödtlicher Feindschaft mit dem Vater der Minorennen

gelebt, oder mit demselben über das ganze Vermögen oder einen großen Theil, im Prozeß stehen.

§. 94.

Die Mutter kann Vormünderin ihrer Kinder seyn: muß aber vier Wochen nach dem Todesfall ihres Mannes alles inventiren lassen und verliert die Vormundschaft mit dem Schritt zur zweyten Ehe, als in welchem Fall sie zur genauesten Ablegung der Rechnung verbunden ist. Hat sie die Inventirung nicht besorgt: so muß das Vormundschaftsamt solches auf ihre Kosten ex officio unternehmen und besorgen.

§. 95.

Der Vater hat die Disposition über das mütterliche Vermögen seiner Kinder, bis zu deren Volljährigkeit, nur so lange, als er nicht zur zweyten Ehe schreitet.

§. 96.

Testamentarische Vormünder sind, wie alle andere, dem Vormundschaftsamte unterworfen.

§. 97.

Denen Vormündern ist die Sorge für die Person, die physische, geistige und moralische Erziehung des Pflegbefohlenen, so wie die Verwaltung des pupillarischen Vermögens, unter der Direktion des Vormundschaftsamtes, anvertraut.

§. 98.

Das Vormundschaftsamt giebt ihnen Instruktionen.

§. 99.

Die Vormünder müssen vor allen Dingen darauf achten, die Pflegbefohlenen zu guten und nützlichen Staatsbürgern zu erziehen;  
Proj. 3. Ger. Ordn.

und daher alljährig dem Vormundschaftsamte anzeigen, wo und wie sie selbige erziehen lassen. Das Vormundschaftsamt soll alljährig, nach Maaßgabe des Standes, des Vermögens und der sichtbaren Fähigkeiten der Pupillen, bestimmen: was zu dem Zweck der Unterhaltung, der Erziehung und des Unterrichts verwandt werden könne. Es muß so viel thunlich ist, sorgen, daß dieses aus den Einkünften bestritten werde; kann dieses aber nicht geschehen: so kann auch der Hauptstamm angegriffen werden, weil die Erziehung der Erhaltung des Vermögens vorgeht. Der Mutter, die nicht selbst die Vormundschaft führt, muß die Erziehung der Töchter gänzlich, die der Söhne bis zum 8. Jahre überlassen; vom Vormundschaftsamte aber die zur Erziehung zu verwendenden Summe bestimmt werden.

#### §. 100.

Die Pfl egbefohlenen müssen ihren Vormündern Gehorsam und Ehrerbietung, wie ihren Eltern erweisen. Wenn Vormünder diese Gewalt mißbrauchen und solches durch die Minorennen oder durch andere gute Staatsunterthanen, oder auf irgend eine Weise zur Wissenschaft des Vormundschaftsamtes kommt; so soll es abhelfliche Maaßregeln treffen und kann den hartherzigen Vormund removiren.

#### §. 101.

Ein Minorenner soll durchaus mittelst Verträge sich nicht verbindlich machen können.

#### §. 102.

Wenn ein Minorenner mit Bewilligung des Vormunds Kontrakte abschließt; so bleibt der Vormund dennoch gegen ihn verantwortlich.

## §. 103.

Der Vormund kann mit seinen Minorennen gar keine gültige Verträge abschließen.

## §. 104.

Wenn zwischen dem Vormund und dem Vermögen des Pflegebefohlenen ein Streit entsteht, oder irgend eine rechtliche Handlung in Betreff des Vermögens des Vormundes und Pflegebefohlenen vorzunehmen ist; so soll zu einer solchen Auseinandersetzung ein Kurator ernannt werden.

## §. 105.

Vormünder können den Ersatz aller zum Vortheil und in Angelegenheiten der Pflegebefohlenen gemachten Kosten fordern; auch wird ihnen zusammen fünf von Hundert von den jährlichen Einkünften zugestanden.

## §. 106.

Ein Vormund ist verantwortlich:

- 1) Wenn er nicht den Grad der Aufmerksamkeit angewandt hat, den er in seinen eigenen Geschäften anzuwenden gewohnt ist.
- 2) Wenn er in solchen Geschäften das Vormundschaftsamt nicht befragt hat, wo er es hätte thun sollen.

## §. 107.

Mehrere Vormünder haften einer für den andern; jedoch nur so weit, als derjenige unvermögend zur Schadenerstattung ist, der durch sein Versehen den Schaden angerichtet hat.

## §. 108.

Pflegebefohlene haben eine stillschweigende Hypothek in dem Vermögen ihres Vormundes, sie sollen mit Kapital und Zinsen

(R. 7. §. 12. ff. de adm. Cul.) in die erste Klasse bey dem Konkurs über das Vermögen des Vormundes klassifizirt, und allen Gläubigern vorgezogen werden, deren Obligationes und Pfandverschreibungen und sonstige verbindliche Schriften später korroborirt sind, als das Datum des Konstitutoriums ist.

§. 109.

Die Vormünder sind nicht verpflichtet solche Handlungen zu verantworten, welche das Vormundschaftsamt ohne ihr Zuthun verordnet hat.

§. 110.

Das Vormundschaftsamt ist für ein Versehen bey Bestellung der Vormünder, und der Direktion, nur dann subsidiarisch verbindlich, wenn weder die Vormünder den Schaden ersetzen können, noch auch andere Rechtsmittel statt finden, die Pupillen zu entschädigen.

§. 111.

Wenn Pupillen oder Wittwen so arm sind, daß sie gar nicht erzogen noch untergebracht werden können: so soll das Vormundschaftsamt, da in diesem Gouvernement keine dahin zielende Anstalten sind, solches der Regierung zur Unterlegung an Kaiserliche Majestät einberichten.

§. 112.

Es sollen die Prediger keine Jünglinge, die noch minorenn sind, noch auch Mädchen vor dem siebenzehnten Jahre, ohne Konsens des Konsistoriums und des Vormundschaftsamtes trauen. Die Kreismarschälle sollen darauf nach §. 5. sehen.

§. 113.

Jünglinge und Mädchen erreichen ihre Volljährigkeit nicht

eher, als mit dem zurückgelegten ein und zwanzigsten Jahre. Die Mädchen werden durch eine Heyrath im siebenzehnten Jahre volljährig.

§. 114.

Das erste Geschäft der ernannten Vormünder ist: die Inventirung des ganzen Nachlasses und genaueste Ausmittelung des ganzen Vermögens. Testamentarische Vormünder sollen von der Inventirung nicht befreyt seyn, auch nicht die Mutter, welche die Vormundschaft selbst übernimmt.

§. 115.

Nach aufgenommenem Inventario, müssen die Vormünder das pupillarische Vermögen mit denen auseinander setzen, die etwa daran Theil haben.

§. 116.

Das Mobilienvermögen soll, wenn nicht eine besondere testamentarische Verordnung desfalls vorhanden ist, in einem öffentlichen, vom Vormundschaftsamte angeetzten Termine, an die Meistbietenden verkauft werden.

§. 117.

Die Vormünder müssen die unsichern, vom Erblasser ausgegebenen Kapitalia einziehen, sind aber nicht verantwortlich, wenn sie solche vom Erblasser angelegte Gelder, bey allem, ohne Zeitverlust angewandten Fleiß, nicht haben bestreiben können.

§. 118.

Die Vormünder kommen für alle Kapitalien auf, die sie selbst anlegen.

§. 119.

Die Vormünder müssen keine baare Gelder steril liegen lassen.



Da aber alle Berechnungen von Johanni bis Johanni in diesem Gouvernement gehen, und nur in diesen Terminen Gelder angelegt werden: so sollen sie alle Gelder auf Johanni ausgeben und von Johanni zu Johanni die Zinsen zu sechs für hundert berechnen.

§. 120.

Die Vormünder können Pupillengelder bey sich nehmen und verzinsen, da sie mit ihrem Vermögen dafür haften.

§. 121.

Die Vormünder können ihren Pupillen Kapitalien zu ihrem Besten vorstrecken, oder von andern aufnehmen, und landübliche Zinsen von Johanni zu Johanni berechnen.

§. 122.

Die Vormünder können für einen schlechten Ausgang des Prozesses nicht aufkommen.

- a) Wenn sie denselben nicht muthwillig unternommen haben.
- b) Ihre Pflicht gethan, und
- c) Die gehörige Rechtsmittel gegen die Urtheile ergriffen haben.

§. 123.

Es sollen die Vormünder sich auf keine Transakte, gütliche Ausgleichungen und Kompromisse ohne Genehmigung des Vormundschaftsamts einlassen. Tritt ein Fall ein, wo sie dergleichen nützlich finden: so unterlegen sie die Sache mit ihren Gründen dem Vormundschaftsamte, dieses berichtet es mit Anführung seiner Meynung dem Oberhofgericht, und wenn dieses den Vorschlag zur Beendigung der Sache durch Transakte oder Kompromisse genehmigt; so sollen die Pfl egbefohlene künftig gar keine Forderung machen können: indem es keine Wahrscheinlichkeit hat, daß zwey Behörden den Pupillen hätten gefährden wollen, und es mehr

Nachtheil für die Pupillen ist, wenn aus Furcht der Verantwortlichkeit die Gerichtsglieder selbst bei vortheilhaften Umständen und richtigen Gründen, in eine Beendigung der Streitigkeiten durch Transakte und Kompromisse, nicht einwilligen würden.

§. 124.

Wenn mehrere Vormünder sind und sich nicht einigen können, wer die Vormundschaft verwalten soll; so bestimmt das Vormundschaftsamt den, der die Verwaltung führen soll. Er muß den andern aber über alles zu rathe ziehen, und alle Jahre die Rechnungen vorzeigen, ehe sie im Vormundschaftsamte eingereicht werden. Der Ehren-Vormund ist verbunden, dem Vormundschaftsamte anzuzeigen, womit er unzufrieden ist; sonst wird es angesehen als wenn er an allem Theil hat. Es kommt aber der Ehren-Vormund nur in so fern auf, als er der Behörde keine Anzeige gemacht hat, wenn der Verwaltende schlecht gewirthschaftet hat, und der Verwaltende nicht zahlbar ist. Das Vormundschaftsamt kann auch, wenn es solches rathlich findet, die Verwaltung dem einen abnehmen und dem andern übertragen. Nur der Verwaltende genüßt die fünf Prozent von den Einkünften.

§. 125.

Die Vormünder müssen besorgt seyn die Passivschulden abzu zahlen. Sind die Vormünder außer Stand, aufgesagte Gelder aufzubringen; so müssen sie solches dem Vormundschaftsamte nach erfolgter Auffage anzeigen, und zugleich mit Deducirung der Gründe vorschlagen: ob ein Theil oder das Ganze der liegenden Gründe zur Bezahlung der Schulden, zu verkaufen ist. Sie müssen auch an Eides statt unterschreiben, daß sie kein Geld zur Bezahlung der aufgesagten Schuld besorgen können. Das Vormundschaftsamt unterlegt solches dem Oberhofgericht, und dieses giebt nach geschעהner Untersuchung ein decretum alienandi ab;

setzt hierauf einen Termin von ein Jahr und sechs Wochen zur Versteigerung des Grundstücks nach Meistbot vor sich an; läßt es wie bey dem Ediktalprozeß in den Zeitungen bekannt machen, und vollzieht, wenn kein rechtmäßiger Einspruch geschieht, die Adjudikation, worauf die Gläubiger bezahlt werden, als welchen daher keine Exekution gegen pupillarisches Vermögen gestattet wird. —

Wegen ein in dieser Art verkauftes Guth, können weder die Pupillen und Minorennen, noch ihre Erben Ansprüche machen; weil keiner gezwungen werden kann, auf sein Geld zu warten, und es für sie nachtheiliger gewesen wäre, wenn es zu einer Exekution oder einem Konkurs gekommen und gediehen wäre.

§. 126.

Wenn liegende Gründe der Pflegbefohlenen verpfändet werden sollen; so muß dasselbe beobachtet werden, was in Rücksicht des Verkaufs im §. 125 vorgeschrieben worden.

§. 127.

Wollen die Vormünder pupillarische Güther verarrendiren; so soll das Vormundschaftsamt, auf ihr Verlangen, einen Termin in der Kreisstadt ansetzen, und soll das Guth an den Meistbiethenden, auf die im entworfenen Kontrakt enthaltenen Bedingungen zur Arrende adjudicirt werden.

§. 128.

Die Vormünder sollen Erbschaften für ihre Pupillen nicht anders als cum beneficio inventarii antreten.

§. 129.

Die Vormünder müssen ihre Rechnungen, die von Johanni zu Johanni, nach dem Landesgebrauch geführt werden sollen, alljährig im September- oder Oktobermonat, bey hundert Rth. Alb. un- nachlässiger vom Vormundschaftsamte einzutreibender Strafe, bey

dem Vormundschaftsamente einreichen. Es muß in der Rechnung genau nachgewiesen werden: wie der Zustand des Vermögens im Anfange der Vormundschaft gewesen, und wie es am Schluß der eingereichten Jahresrechnung ist. Die Richtigkeit der Einnahme und Ausgabe muß, so viel als möglich, mit Quittungen und andern Belegen nachgewiesen werden. Das Vormundschaftsamt muß die Rechnungen gehörig prüfen, den Inhalt, wie die Richtigkeit der Ausgaben untersuchen, auch desfalls die gehörigen Bemerkungen machen, und für die Berichtigung der Defekte sorgen. Das Vormundschaftsamt quittirt die Vormünder nicht, (es wäre denn bloß provisorisch), weil sie verbunden sind, bey Ablegung der Vormundschaft, die Schlußrechnung den Pupillen abzugeben.

#### §. 130.

Dieselben Grundsätze, so wie die fünf Prozentgelder sollen auch bey den Vormundschaften und Kuratelen über erklärte Verschwender, Abwesende, Unmünige, Blödsinnige, Rasende, Taubstumme u. s. w. stattfinden und beobachtet werden, wie sie bey der Vormundschaft über Minorennne festgesetzt sind.

#### §. 131.

Alle Straf gelder, welche von dem Oberhauptmannsgericht, Vormundschaftsgericht und dem Hauptmannsgerichte des Kreises diktiert, oder auf Befehl einer Oberbehörde eingetrieben worden, sollen dem Vormundschaftsamente eingeliefert werden. Dieses thut die Gelder bey eigner Verantwortung in jedem Johannistermin auf Zinsen aus, und verwendet diese Zinsen zum Besten armer Wittwen und Waisen in dem Kreise, und zwar die Straf gelder vom Adel für Adelige, und die vom Bürger für Bürgerliche Wittwen und Waisen.

## §. 132.

Die Vormundschaft über Minorennne hört auf:

- 1) Durch die Volljährigkeit.
- 2) Durch den Tod des Pflegebefohlenen Vormundes.
- 3) Durch Entlassung.
- 4) Durch Remotion.
- 5) Durch Dispensation.

## §. 133.

Die Vormundschaft über Rasende, Unsinnige, Blödsinnige, Taubstumme u. s. w. hört auf durch die Genesung, die über Abwesende durch ihre Wiederkunft, oder wenn sie für verschollen erklärt werden; die aber über Verschwender, durch gerichtliche Anerkennniß ihrer Besserung. Diese Vormundschaften hören auch auf, aus denen §. §. 132. n. 2. n. 3. n. 4. und n. 5. angeführten Ursachen.

## §. 134.

Nach beendigter Vormundschaft, müssen die Vormünder den Pflegebefohlenen ihr Vermögen sofort bey Strafe der Exekution ausantworten, und ihnen die Schlußrechnung übergeben. Entstehen über die Rechnung Streitigkeiten; so entscheidet das Vormundschaftsamt.

## §. 135.

Die Appellationen vom Vormundschaftsamente gehen nach denen §. §. 58. enthaltenen Bestimmungen an das Oberhofgericht.

## §. 136.

Das Vormundschaftsamt stattet jährlich im Novembermonat, dem Oberhofgerichte einen kurzen doch deutlichen Bericht über den Erziehungs- und Vermögenszustand der Pflegebefohlenen ab.

## §. 137.

Das Vormundschaftsamt versammelt sich alle Jahre vom 1. October bis zum 1. December und vom 1. Februar bis zum 1. April, und bestimmt gewisse Tage und Stunden zu seinen Sitzungen. In den Zeiten wo es nicht versammelt ist, expedirt das Oberhauptmannsgericht, aus der Vormundschaftskanzley, alle dahin gehörige Sachen provisorisch bis zur Genehmigung des versammelten Vormundschaftsamtes.

## §. 138.

Das Vormundschaftsamt erhält Befehle und stattet Berichte ab, von und an die Regierung, dem Kammeralhofe und dem Oberhofgericht; communicirt mit dem Oberhauptmannsgericht und giebt Befehle an das Hauptmannsgericht und die Magistrate.

## §. 139.

Alle jetzt vorhandene Vormünder sollen schuldig und gehalten seyn, mit ihren Rechnungen sich in sechs Monaten, nach Einführung dieser Ordnung, bey ihren Vormundschaftsämtern bey hundert Rthl. Alb. Strafe einzufinden. Auch sollen alle Prediger verbunden seyn innerhalb drey Monaten anzuzeigen: ob nicht in ihrem Kirchsprengel unbewormündete Minorennen sind, die sich für das adliche Vormundschaftsamt qualificiren, oder Wittwen, welche die Vormundschaft selbst verwalten.

## §. 140.

Wenn die Hauptleute verhindert werden im Vormundschaftsamte zu sitzen: so sollen die Mannrichter ihre Stelle vertreten; deren Besoldung, wie solches bisher vom Adel geschehen, dem Ermessen desselben überlassen bleibt.

---